

# E-Mail-Newsletter

**Nr. 169, 25. Oktober 2011**

ca. 1-2-monatlich | nächster Redaktionsschluss: 30. November

Übersicht über die Inhalte des Newsletters:

## **1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

Neues vom Flüchtlingsrat / Berichte aus den Regionen / Pressedoku / sonstige Informationen

## **2. THEMEN & INFORMATIONEN**

Informationen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik BaWü / BRD / EU

## **3. AKTUELLE TERMINE**

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

### ***Liebe Mitglieder, Förderer und Interessierte!***

Je näher das Ende dieses Jahres rückt, desto stärker rückt das Thema "Bleiberecht" in den Mittelpunkt. Zum 31. Dezember läuft die bereits seit Ende 2009 von der Innenministerkonferenz verlängerte Bleiberechtsregelung aus. Wer damals nur eine Aufenthaltserlaubnis "auf Probe" erhalten hatte, läuft ab Anfang 2012 Gefahr, in die Duldung zurückzufallen, wenn er/sie den Lebensunterhalt nicht vollständig selbst sichern kann. Das bedeutet: Wenn es keine neue Bleiberechtsregelung gibt, werden sehr viele der ehemals "Geduldeten" erneut in diesen Status zurückfallen. Hinzu kommen bis zu 100.000 Flüchtlinge (davon über 9000 in BaWü), die trotz aller Bleiberechtsregelungen bzw. weil sie nach dem jeweiligen Stichtag eingereist sind, nach wie vor nur geduldet sind. Weil die "Kettenduldungen" aufhören müssen, haben Pro Asyl, die Flüchtlingsräte, die Kirchen, Sozialverbände und Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften u. a. ihren flüchtlingspolitischen Schwerpunkt in diesem Herbst auf das Thema Bleiberecht gelegt. Wir wollen Sie an dieser Stelle herzlich zum Plenum des Flüchtlingsrats am 26. November einladen, das diesmal als Fachtagung ebenfalls um das Thema Bleiberecht veranstalten. Im Mittelpunkt steht die Vorstellung der Arbeit der ESF-XENOS-Projekt-Netzwerke für das Bleiberecht in Baden-Württemberg (siehe 1. Meldung). Last but not least möchten wir Sie auf den soeben erschienenen neuen Rundbrief des Flüchtlingsrats hinweisen (siehe 2. Meldung). Wenn Sie diesen regulär per Post erhalten möchten, können Sie ihn abonnieren oder einfach (Förder-)Mitglied des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg werden - wir freuen uns auf jedes neue Mitglied, das die solidarische Flüchtlingshilfe in Baden-Württemberg stärkt.

## **1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

### **Tagung "Bleiberechtsprojekte in Baden-Württemberg" am 26. November in Stuttgart**

Unsere diesjährige Herbsttagung beschäftigt sich mit dem aktuellen Thema 'Bleiberecht' und der Arbeit der ESF-Projekt-Netzwerke in Baden-Württemberg. Neben einem Vortrag von Martin Link (Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein) und einer Präsentation der Bleiberechtsnetzwerke gibt es Arbeitsgruppen mit Referent/innen aus den Bleiberechts-Netzwerken zu: AG 1: Alte und neue Bleiberechtsregelungen / AG 2: Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge - Barrieren und Chancen / AG 3: Jugendliche Flüchtlinge - gute Ausbildung für alle? / AG 4: Die Arbeitsverwaltung als Partner bei der Arbeitssuche für Flüchtlinge / AG 5: Arbeitsmarktliche Förderung von Roma-Flüchtlingen in Freiburg. [\[zu Programm und Anmeldung\]](#)

**Neuer Rundbrief des Flüchtlingsrats mit Schwerpunktthema "Bleiberecht"**

Der Rundbrief 04/2011 des Flüchtlingsrats beschäftigt sich im ersten Teil mit dem Schwerpunktthema Bleiberecht, u. a. mit der Bundesratsinitiative aus Schleswig-Holstein für eine neue gesetzliche Bleiberechtsregelung. Im zweiten Teil geht es um Flüchtlingspolitik und -arbeit in Baden-Württemberg, u. a. mit einer Zwischenbilanz der bisherigen Politik der Landesregierung, mehreren Artikeln zum Asylbewerberleistungsgesetz und einem Bericht über die asylpolitische Tagung in Bad Boll von Anfang September. Im dritten Teil wird der Blick über den schwäbischen Tellerrand gewagt mit Artikeln über 60 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention, 25 Jahre Pro Asyl, EU-Politik und Flüchtlingsarbeit in Israel. (Förder-)Mitglieder und AbonentInnen bekommen den Rundbrief gratis. Wer nicht zu diesem Kreis gehört, kann ihn über unsere Materialseite oder durch eine Mail an die Geschäftsstelle bestellen. Der Rundbrief und die einzelnen Artikel sind auch online auf unserer Webseite eingestellt.

- 25. Oktober 2011 [\[zum Rundbrief 04/2011 des Flüchtlingsrats\]](#)

### **Kosovo-Abschiebungen: Flüchtlingsrat appelliert an Landesregierung, keine Abschiebungen anderer Bundesländer über Baden-Württemberg durchzuführen**

Am 15. September kam es zu einer Sammelabschiebung vom Baden-Airpark Söllingen in den Kosovo. Zielort war Pristina. Nach Informationen des Flüchtlingsrats Niedersachsen befand sich unter den Abgeschobenen auch ein Roma-Ehepaar aus Niedersachsen. Obwohl bei der Frau der Verdacht auf eine posttraumatische Belastungsstörung besteht, konnte wegen der Kurzfristigkeit die Abschiebung nicht mehr verhindert werden. Zuständig für die Durchführung des Charterflugs, bei dem auch noch andere Menschen abgeschoben wurden, war das Regierungspräsidium Karlsruhe. Auch am 13. Oktober gab es wieder eine solche Sammelabschiebung.

- 15.09.2011 [Pressemitteilung Flüchtlingsrat BW und Flüchtlingsrat Niedersachsen vom 15. September 2011 \[PDF 56 KB\]](#)

### **Residenzpflicht: Innenministerium plant neue "AsylAufenthaltsVerordnung"**

"Wir werden die Residenzpflicht abschaffen..." Aus dieser viel versprechenden Aussage des Koalitionsvertrags könnte schon bald Wirklichkeit werden. Mit dem Entwurf einer AsylAufenthaltsVerordnung für Baden-Württemberg vom 30. September setzt das Innenministerium die Ankündigung um, dass sich die Asylsuchenden des Landes in Zukunft ohne Erlaubnis auf dem Gebiet des Bundeslands bewegen können. Der Aufenthalt soll nur bei "erheblichen" Verstößen gegen die Mitwirkungspflichten auf den Landkreis beschränkt bleiben. Dem knapp gehaltenen Verordnungsentwurf fehlt leider eine Passage mit einer länderübergreifenden Regelung, wie sie Rheinland-Pfalz praktizieren möchte. Bis zum 18. November können Parteien, Verbände und Organisationen (auch der Flüchtlingsrat) Stellungnahmen zu dem Entwurf abgeben.

### **Abschiebungen: Auch im grün-roten Baden-Württemberg wird abgeschoben**

Am 21. September wurde ein 18-jähriger Sudanese im Rahmen einer Dublin II-Rücküberstellung nach Italien abgeschoben. Dank Anstrengungen von Anwalt und Unterstützern von Pro Asyl Villingen ist es gelungen, die Rechtmäßigkeit dieser Rückführung zu widerlegen und die Wiedereinreise nach Deutschland zu erreichen. Mittlerweile ist der junge Mann wieder in Villingen, mit zwischenzeitlichem Schutz im Kirchenasyl.

Am 11. Oktober wurde der 42-jährige Gambier Bunja Darbo aus Sinsheim abgeschoben. Herr Darbo, der seit sechs Jahren mit Duldung in Deutschland lebte, wurde bei Nacht und Nebel abgeholt und noch in der gleichen Nacht abgeschoben. Darbo war ein aktiver Flüchtling. Er setzte sich für die Rechte der Flüchtlinge ein und war auch in der Kampagne "gemeinsam" des Flüchtlingsrats aktiv. Lesen Sie hierzu folgende Berichte:

- 25.10. 2011 ["Refugees are here to save their lives"](#) [352 KB] - Zur Abschiebung von Bunja Darbo

- 25.10. 2011 [Rücksichtslose Abschiebung nach Italien](#) [352 KB]. Junger Sudanese im Kirchenasyl in Villingen-Schwenningen - mit Zeitungsartikel vom 06.10.2011: Südwest Presse: "Geduldete Geborgenheit. Evangelische Kirche in Schwenningen gibt jungem Afrikaner Asyl."

- 04.10.2011 - [Südkurier: "Kirchenasyl nach der Abschiebung"](#)

### **Fachgespräch zur Situation der Flüchtlinge im Landkreis Göppingen**

Ehrenamtliche vom Freundeskreis Asyl und Flüchtlinge diskutierten bei einer Veranstaltung am 19. Oktober mit Vertreter/-innen von Behörden, Parteien und des Flüchtlingsrats über die Lebensbedingungen der Flüchtlinge im Landkreis Göppingen.

- [Mehr Informationen zu dieser Veranstaltung...](#)

- Oktober 2011: [Informationsflyer über den Freundeskreis Asyl Göppingen](#)

- Oktober 2011: [Engagiert für Flüchtlinge.25 Jahre Freundeskreis Asyl Göppingen. Artikel im Rundbrief des Flüchtlingsrats BW \[337 KB\]](#)

### **In aller Kürze / Weitere Meldungen:**

- 12.09.2011, Südkurier ["Hoffnung auf ein neues Heim"](#) - Bericht über eine nigerianische Flüchtlingsfrau und die

Situation in der Gemeinschaftsunterkunft Radolfzell (Kreis Konstanz)

- 08.10.2011 - Mannheim sagt Ja zur Save-Me-Kampagne. Gemeinderat beschließt einstimmig Unterstützung von Resettlement / Aufnahmen von Flüchtlingen. Mehr Informationen: [www.save-me-mannheim.de](http://www.save-me-mannheim.de)

- 14.10.2011 - Südwest Presse: "[Integration mit Huhn und Ei](#)" - Bericht über einen neuen Hühnerstall für die Kinder in der GU Ubstadt-Weiher (Kreis Karlsruhe). Hübsche Geschichte, besser wäre jedoch, dieses Lager im letzten Winkel des Landkreises zu schließen und die Unterbringung als solche zu verbessern.

## **2. THEMEN & INFORMATIONEN**

### **Bundesratsinitiative für eine neue gesetzliche Bleiberechtsregelung!?**

Der Landtag von Schleswig-Holstein hat in seiner Sitzung am 7. Oktober 2011 mit der Mehrheit von CDU und FDP eine Bundesratsinitiative zur Änderung der Bleiberechtsregelung „für besonders gut integrierte Menschen“ beschlossen. Darin wird vorgeschlagen, einen neuen § 25b in das Aufenthaltsgesetz aufzunehmen, wonach Stichtags ungebunden bei Vorliegen diverser Integrationsnachweise eine - zunächst befristete - Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann. Der Flüchtlingsrat hält diese Initiative für begrüßenswert, weil sie, wie von vielen lange gefordert, die längst überholte Stichtagsregelung der bisherigen Bleiberechtserlasse und -gesetze aufhebt. Es ist zu hoffen, dass eine solche Initiative auch von anderen Bundesländern ergriffen wird, insbesondere auch von der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg (wie im Koalitionsvertrag beabsichtigt), ggf. gemeinsam mit Rot-Grün in Rheinland-Pfalz und NRW.

- 26.09.2011 - [Eckpunktepapier des Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration des Landes Schleswig-Holstein - Entwurf einer Bundesratsinitiative der Landesregierung Schleswig-Holstein](#)

- 27.09.2011 [Stellungnahme des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein: Eckpunkte für eine Bundesratsinitiative für die Novellierung des Aufenthaltsgesetzes mit dem Ziel einer gesetzlichen Regelung zur Aufenthaltsverfestigung für langjährig aufhältige gut integrierte Flüchtlinge](#)

- 28.09.2011 - [Antrag von CDU und FDP zur Bundesratsinitiative der Landesregierung Schleswig-Holstein für die Sitzung des Innen- und Rechtsauschuß am 28. September 2011](#)

- Broschüre "[Für eine neue Bleiberechtsregelung](#)" von PRO ASYL, Caritas und Diakonie [PDF 1,3 MB], über die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats auch gedruckt erhältlich: [Materialbestellung online](#)

- [E-Mail-Aktion](#): Anlässlich der Innenministerkonferenz am 8. und 9. Dezember wendet sich Pro Asyl an alle zuständigen Landesministerien sich für eine dauerhafte Bleiberechtsregelung einzusetzen. **Machen Sie mit!**

- [Brief an den Innenminister von Baden-Württemberg zum Ausdrucken und Abschicken](#)

### **Gemeinsames Manifest "Für ein Europa der Humanität und Solidarität – Sechs Einsprüche gegen das Grenzregime"**

Zehn Organisationen starten Appell für neue Flüchtlingspolitik. Das Flüchtlingsdrama an Europas Außengrenzen verschärft sich. Das Mittelmeer wird zum Massengrab der namenlosen Flüchtlinge, die Zahl der Ertrunkenen steigt. Allein in den ersten sieben Monaten dieses Jahres sind 1674 Flüchtlinge im Kanal von Sizilien ertrunken. Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, doch Europa trägt nur eine sehr kleine Last. Die EU schottet sich gegenüber den Schutzsuchenden ab.

Zehn Organisationen und Initiativen haben sich nun zusammengeschlossen und einen Appell verfasst: Das "Manifest für ein Europa der Humanität – Sechs Einsprüche gegen das Grenzregime". Darin fordern [Pro Asyl, medico international, Brot für die Welt, amnesty international, Borderline Europe – Menschenrechte ohne Grenzen, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bundeskoordination Internationalismus, Karawane für die Rechte der Flüchtlinge, Afrique-Europe-Interact, Netzwerk MIGRA, MIGREUROPE](#) das Ende der tödlichen europäischen Abschottungspolitik. Im Anhang finden Sie das Manifest in voller Länge sowie Informationen zu den unterzeichnenden Organisationen.

Das Manifest ist Teil des neu erschienenen Buches "Europa macht dicht", das der Frankfurter Westend-Verlag mit der Berliner "tageszeitung" herausgibt: <http://westendverlag.de/westend/buch.php?p=62&n=leseprobe>

Ab sofort bis zur Herbstkonferenz der Innenminister im Dezember im Frankfurt am Main kann das Manifest unterzeichnet werden. Die gesammelten Unterschriften werden an die Innenminister übergeben.

[Hier kann das Manifest unterzeichnet werden: http://bewegung.taz.de/manifest](http://bewegung.taz.de/manifest)

### **Der Bundestag debattierte über Seenotrettung**

Der Parlamentsinformationsdienst „[Heute im Bundestag](#)“ findet oft diplomatische Formulierungen, wenn über heftige Debatten berichtet wird. Die Deutlichkeit, mit der über die Haltung der Koalitionsfraktionen zu einem [Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen](#) zur Verbesserung der Seenotrettung im Mittelmeer berichtet wird, spricht für sich:

„Bei den Koalitionsfraktionen stieß vor allem die Forderung nach Schutz von Seenotrettenden vor Strafverfolgung

wegen Schlepperei auf Ablehnung. Dies öffne die Tore für Menschenhandel, hieß es beispielsweise aus der CDU/CSU-Fraktion. Zwar seien die Bilder von Menschen auf der Flucht in überfüllten Booten schockierend, jedoch werde es niemals gelingen, das gesamte Mittelmeer zu überwachen.“ Was ist das anderes als ein Plädoyer für die fortgesetzte Kriminalisierung der Seenotrettung? Selbst wenn in den spektakulären Verfahren der vergangenen Jahre letzten Endes ein Freispruch erfolgte, wurden die Retter wirtschaftlich und existentiell so geschädigt, dass die jahrelangen Verfahren eine abschreckende Wirkung auf andere Seeleute haben, die in die Situation kommen, Hilfe auf hoher See leisten zu müssen. Quelle: [Pro Asyl Newsletter Nr. 175](#) (Oktober 2011)

### **Menschenrechtsorganisationen beklagen Flüchtlingsdrama**

28.09.2011 Berlin (dapd). Nach Informationen von Pro Asyl und Amnesty International sitzen über 5.000 anerkannte Flüchtlinge in Lagern an der tunesischen und ägyptischen Grenze fest. In einer gemeinsamen Erklärung appellierten beide Organisationen am Mittwoch in Berlin an die Bundesregierung, sich an der Aufnahme der Menschen zu beteiligen. Auch das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) rief dazu auf, neue Aufnahmeplätze zur Verfügung zu stellen. Der deutsche Generalsekretär von Amnesty International, Wolfgang Grenz nannte die Haltung der EU-Staaten angesichts der Krise vor den Toren Europas beschämend: *"Nur sieben EU-Mitgliedsstaaten wollen einige Flüchtlinge aufnehmen, Deutschland ist nicht darunter."* Dabei seien die Flüchtlinge vom UNHCR bereits vor Ausbruch des Libyen-Konflikts als schutzbedürftig eingestuft worden, es handele sich um Menschen, die in ihren Heimatländern als verfolgt gelten. *"Da sie weder in Libyen noch in Ägypten oder Tunesien auf Dauer sicher leben können, wagen viele den lebensbedrohlichen Weg über das Mittelmeer"*, berichtete Pro Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt.

Nach Angaben des UNHCR sitzen in Tunesien etwa 3.900 und in Ägypten 1.900 Flüchtlinge fest. Als Lösung komme für sie nur das so genannte Resettlement, also die Neuansiedlung in einem Drittland, infrage, sagte der deutsche UNHCR-Vertreter Michael Lindenbauer. *"Die bislang angebotenen weniger als 1.000 Plätze sind jedoch bei weitem nicht ausreichend"*, betonte Lindenbauer. Er hoffe deshalb, dass sich nun auch Deutschland an dem von UNHCR organisierten Aufnahmeprogramm beteiligen werde.

Amnesty und Pro Asyl forderten zudem einen formellen Abschiebungsstopp nach Syrien. Bisher gebe es lediglich eine Empfehlung des Bundesinnenministeriums an die Länder, bis zur Klärung der Verhältnisse in Syrien keine Abschiebungen vorzunehmen. Das sei jedoch angesichts der dramatischen Menschenrechtslage in dem Land fatal, betonte Grenz. *"Wenn die Bundesregierung eine glaubwürdige und kohärente, an den Menschenrechten orientierte Politik verfolgen will, dann drängt sich ein Abschiebungsstopp nach Syrien geradezu auf."* Die EU-Staaten sollten die Umbrüche in Nordafrika nutzen, um ihre Flüchtlingspolitik neu auszurichten, forderten beide Organisationen. *"Europa schützt die Grenzen, nicht die Flüchtlinge"*, sagte Burkhardt. *"Die Ankündigung von Innenminister Hans-Peter Friedrich, in diesem Jahr 150 Flüchtlinge aus Malta aufzunehmen, ist absurd, wenn gleichzeitig 108 Menschen zurück überstellt werden."*

### **Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden: Bericht über das „Bremer Modell“**

Das Gesundheitsamt Bremen hat einen [Bericht zum sogenannten „Bremer Modell“](#) vorgelegt, das seit 1993 Flüchtlingen eine umfassende Gesundheitsversorgung bieten soll und sich an neu ankommende Flüchtlinge und Geduldete richtet, die sich längere Zeit in Sammelunterkünften aufhalten. (Die Studie geht der Frage nach), inwiefern die Lebensbedingungen der Flüchtlinge zu besonderen gesundheitlichen Belastungen führen. Der Bericht bestätigt einmal mehr, dass die Unterbringung von Asylsuchenden in Sammelunterkünften in vielen Fällen gesundheitsschädlich ist und empfiehlt, die Zeit zu reduzieren, in der sich Asylsuchende in Gemeinschaftsunterkünften aufhalten müssen. Zudem verweist er darauf hin, dass die Diagnostik und Behandlung psychischer Erkrankungen von Flüchtlingen mangelhaft ist, obwohl hierzu zumindest hinsichtlich von Traumatisierungen bereits 2003 im EU-Recht eine gesetzliche Grundlage verankert wurde. Deutschland wurde schon 2007 von der europäischen Kommission kritisiert, weil es diese bislang nicht umgesetzt hat. Der Bericht empfiehlt ferner eine Anpassung der Leistungsansprüche von Asylsuchenden an die von Sozialhilfeempfängern. Quelle: [Pro Asyl Newsletter Nr. 175](#) (Oktober 2011)

### **Europäische Statistikbehörde Eurostat legt Asylstatistik für 1/2011 vor**

Im ersten Quartal 2011 sind die Asylantragszahlen in der EU leicht gestiegen. 4.000 Menschen sind mehr gekommen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (gesamt: 66.000). Im weltweiten Vergleich sind diese Zugangszahlen aber als gering einzustufen. So sagte der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge Antonio Guterres: „Das Ausmaß von Flucht und Vertreibung 2011 hat alle bisherigen Krisen in meiner Zeit als Hochkommissar übertroffen. Trotz der geballten Krisen ist der Einfluss auf die Asylzahlen in Industrieländern aber weit geringer als man glauben könnte. Die meisten Menschen sind in ihre Nachbarländer geflohen“. Nicht vergessen werden darf hierbei nämlich, dass 80% der Flüchtlinge weltweit in Entwicklungsländern leben. So liegt Europa mit 66.000 neuen Flüchtlingen z. B. weit hinter Kenia und Äthiopien zurück, die zusammen seit Beginn 2011 mehrere hunderttausend Menschen aus Somalia in Camps in der Wüste unterbringen und versorgen.

Quellen: UNHCR Pressemitteilungen vom 15 Juli und 18 Oktober 2011, PRO ASYL Newsletter Nr. 175

### **3. AKTUELLE TERMINE**

27. - 28. Oktober 2011 | Evangelische Akademie Bad Boll

**Tagung: Wie Integration gelingt...**

... ist eine Frage der Willkommenskultur in Stadt und Land.

Veranstalter: Evangelische Akademie Bad Boll, Diakonisches Werk Württemberg und Ministerium für Integration BW

[\[mehr Informationen und Anmeldung\]](#)

Fr, 5. - Sa, 6. November 2011 | Tübingen, Schlatterhaus, Österbergstr. 2

**Weltpolitische Umbrüche - Chance oder Gefahr?**

Kongress der Informationsstelle Militarisierung Tübingen. Mehr Informationen: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

Freitag, 25. November 2011 | Stuttgart, Gemeindesaal St. Maria, Österr. Platz | 09.30 - 15.30 Uhr

**Tagung: "Schuften wie ein Ochs für'n Appel und n Ei"...**

Menschenhandel und Ausbeutung mitten unter uns.

Veranstalter: Fraueninformationszentrum FIZ Stuttgart u.a. [\[PDF 122 KB\]](#)

Samstag, 26. November 2011 | Friedensgemeindehaus, Schubartstraße 14, Stuttgart | 9.30 - 17.00 Uhr

**Fachtagung "Bleiberechtsprojekte in Baden-Württemberg"**

Das Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim lädt alle Mitglieder des Flüchtlingsrats, die Mitglieder und Beschäftigten der in den Projektnetzwerken beteiligten Organisationen und alle Interessierten zu dieser Tagung rund um das aktuelle Thema "Bleiberecht" und die Arbeit der Projekt-Netzwerke in Baden-Württemberg ein. [\[mehr\]](#)

Samstag, 26. November 2011 | Pauluskirche Ulm, Frauenstr. 110 | 19.00 Uhr

**Benefizkonzert**

mit dem Daimler-Sinfonieorchester Stuttgart für das Behandlungszentrum für Folteropfer Ulm

Mi, 30. November 2011 | Stuttgart, Diakonisches Werk, Heilbronnerstr. 180 | 10.00 - 16.30 Uhr

**Tagung: „Zwischen Verletzlichkeit und Mut“... Psychotherapeutische Ansätze in der Begleitung und Behandlung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge.**

Veranstalter: Landesarbeitsgemeinschaft Folterüberlebende Baden-Württemberg.

Do, 8. - So, 11. Dezember 2011 | Wiesbaden

**JOG: Konferenz und Demonstration anlässlich der Innenministerkonferenz.**

Veranstalter: Jugendliche ohne Grenzen. Mehr Informationen: [www.jugendliche-ohne-grenzen.de/](http://www.jugendliche-ohne-grenzen.de/)

Mittwoch, 14. Dezember 2011 | Sigmaringen, Evangelisches Gemeindehaus, Karlstr. 24 | 20.00

**Grenzen hier und anderswo: Wie nehmen wir Flüchtlinge auf? Ein Blick von den europäischen Außengrenzen bis vor die eigene Haustür ... Podiumsdiskussion zum Internationalen Tag der Menschenrechte**

mit: Karl Kopp (Europareferent von Pro Asyl), Angelika von Loeper (1. Vorsitzende Flüchtlingsrat BW), NN (Landesregierung Baden-Württemberg), NN (Flüchtling aus der GU Sigmaringen)

Veranstalter: Flüchtlingsrat BW

*Impressum*

#### **FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG**

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de)

Web: [www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de)

**Redaktion:** Andreas Linder

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter "[Archiv / E-Mail-News](#)" sowie viele weitere (aktuelle) Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de).

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das

entsprechende [Formular](#) ebenfalls auf unserer Website.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: UNO Flüchtlingshilfe, Förderverein PRO ASYL e.V.



**UNO-Flüchtlingshilfe**



**Solidarität braucht Solidarität!**

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930